

PARTIZIPATION AUS EIGENINITIATIVE: DIE KATHOLIKENTAGE UND DAS ZDK

Wie sich Laien Partizipation erkämpft haben

1. *Bürgerliche Freiheiten*

Am Anfang des heutigen Zentralkomitees der deutschen Katholiken stand eine Selbstermächtigung. Auf der Grundlage der neuen bürgerlichen Freiheiten, speziell des Vereins- und Versammlungsrechts, hatten sich bereits 1848 mehr als 400 katholische Vereine mit mehr als 10.000 Mitgliedern gebildet, die sich Piusvereine nannten, in der trügerischen Hoffnung, der neue Papst Pius IX. werde liberaler sein als sein Vorgänger Gregor XVI. Die erste «Generalversammlung der katholische Vereine Deutschlands» richtete eine Botschaft an Pio Nono, in der sie sich ausdrücklich zu den neuen Freiheiten bekannte. Die Laien organisierten ihre, zunächst jährlich stattfindenden Treffen selbstständig und selbstverantwortlich, Bischöfe kamen in den Versammlungen nicht vor – niemand wurde um Erlaubnis gefragt. Den Vorschlag eines Freiburger Domkapitulars und Professors, Beschlüsse an die Mitwirkung der Kirchenoberen zu binden, wiesen die Versammelten 1849 empört zurück und verwahrten sich gegen jeden Anspruch auf Beteiligung an der Führung auf Beteiligung des «Kirchenregiments». Eine Genehmigung der neuen Aktion wurde nicht erfragt; jegliche Missachtung der geistlichen Autoritäten lag ihnen dennoch fern: eine Grußbotschaft des Papstes gehört bis heute immer zum Katholikentag.

Papstreue, klares katholisches Profil und zugleich die ebenso deutliche, selbstbewusste Formulierung eigener politischer und kirchlicher Überzeugungen gehört von diesen Anfängen an zum Auftreten der Laien in der katholischen Kirche deutschsprachiger Gebiete. 1849 wird ein Papier des Freiburger Theologen Johann Baptist Hirscher diskutiert, das die Einrichtung von Diözesan- und Nationalsynoden mit Klerikern und Laien forderte und Refor-

THOMAS STERNBERG, geb 1952, Dr. phil. Dr. theol., ist seit 2015 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

men wie die Abschaffung des Pflichtzölibats thematisierte. Auch die Öffnung des Diakonats für Frauen steht schon 1849 auf der Tagesordnung der zunächst noch rein männlichen Versammlung.

Seit der zweiten Versammlung wurde den Frauen ein Platz als Zuhörerinnen zugewiesen, doch obwohl immer mehr Frauen die Kirche prägten, bleiben sie bis in das nächste Jahrhundert hinein auf die Tribünen verbannt. 1907 wollte man endlich den Frauen Stimmrecht geben, aber nicht zuletzt auf scharfe Intervention einiger Bischöfe hin wurde die Entscheidung vertagt. 1921 werden in Frankfurt erstmalig Frauen Sitz und Stimme in der Generalversammlung erhalten. Da sind die Frauenverbände längst zu einer bedeutenden Macht im katholischen Leben Deutschlands geworden. Von 1921 an war immer mindestens eine Frau Mitglied des meist vierköpfigen Katholikentagspräsidiums, zuerst Hedwig Dransfeld, die Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes. Auch hier wurde die Zulassung nicht etwa bischöflich oder gar päpstlich gewährt, sondern innerhalb der Laien, genauer der Frauen selbst, erstritten.

2. *Im kleindeutschen Nationalstaat*

Zwanzig Jahre nach der ersten Generalversammlung kam es 1868 beim 19. Katholikentag zur Gründung des «Centralcomitees» mit dem wesentlichen Auftrag der Koordination der Katholikentage, aber auch für eine Reihe weiterer Aufgaben und mit der Aufforderung zur Gründung von «Comitees für kleinere Distrikte». Das war die Geburtsstunde des ZdK, dessen Präsidenten immer Laien waren. Die Themen, die dort verhandelt wurden, waren zunächst die Gleichstellung der Katholiken mit den Protestanten im politischen Raum, aber auch eine Fülle praktischer politischer Fragen vom Mindestlohn bis zur Bildung. 1872 bekräftigte die Generalversammlung ihren Anspruch, «die deutschen Katholiken in ihrer Gesamtheit» zu repräsentieren und ersetzt das «der katholischen Vereine Deutschlands» durch «der Katholiken Deutschlands».

Von ungewohnter Seite wird 1881 der Laienkatholizismus gestützt. Entgegen den bis heute geltenden kirchenrechtlichen Bestimmungen, erließ Preußen das «Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden», das ein wirklich demokratisches Element in eine Rechtsordnung bringt, nach der Laien nur Helfer und Berater des Klerus sein sollen. Die Zustimmung zu diesem Gesetz wird aber nicht zu antiklerikalen Demonstrationen missbraucht, es werden eigens Solidaritätsadressen formuliert. Dieses Gesetz, durch spätere Konkordate erneuert, sollte auch heute nicht angetastet werden, um wenigstens an dieser Stelle eine echte Mitwirkung zu bewahren.

Bis 1867 waren auch Linz, Wien, Innsbruck, Salzburg und Prag unter den ausrichtenden Städten von Katholikentagen, es waren die «Länder deutscher Zunge», wie es 1869 formuliert wird. Schon beim zweiten Treffen 1849 forderte man die Einbeziehung des katholischen Österreich in einen künftigen deutschen Nationalstaat. Es kam anders: Mit der preußischen Reichgründung vor 150 Jahren gerieten die Katholiken für 75 Jahre in eine Minderheitensituation, die viel zur Entstehung eines sich selbst behauptenden katholischen Milieus mit einem dicht gewebten Netz von Vereinen, Verbänden und Organisationen geführt hat. Dieses Milieu ist seit 1945, als in Westdeutschland der konfessionelle Proporz hergestellt war, von seiner wichtigsten Frontstellung befreit worden und hat sich aus vielen Gründen inzwischen aufgelöst.

Das Verhältnis zu den Bischöfen war bei den Katholikentagen zumeist durchaus freundschaftlich und von gegenseitigem Respekt getragen. Dennoch kam es einmal zu einem bemerkenswerten Eklat. Kardinal Faulhaber holte in seiner Predigt beim Münchner Treffen 1922 zu einem Rundumschlag gegen die Republik aus, die auf Meineid und Hochverrat aufgebaut sei. Das hatte den erbitterten Widerstand des damaligen Katholikentagspräsidenten, Oberbürgermeister Konrad Adenauer zu Folge. Faulhaber reagierte mit einer bis heute probaten Relativierung: «Es sind hie und da Äußerungen gefallen, [...] hinter denen die Gesamtheit der deutschen Katholiken nicht steht.» Schließlich schimpft der Kardinal: «Wenn Sie als Vertreter der deutschen Katholiken hier so reden, dann bedauere ich die deutschen Katholiken.» Worauf Adenauer entgegnete, «Wenn diese Ihre Leute die deutschen Katholiken sind, dann bedauere ich den Hl. Vater». Die Schlussversammlung verweigert dem Kardinal den Applaus und ein Delegierter möchte ihn gar aus dem Saal werfen lassen. Selbstbewusstes Vertreten der eigenen Ansichten gehört den Grundlagen der Katholikentage.

1932 fand in Essen der 31. Katholikentag statt; der nächste sollte erst 1948 wieder stattfinden. Eine Viertelmillion Menschen sind noch einmal zum Schlussgottesdienst versammelt. Im Januar 1933 legte die Partei, die im Juli in den Reichstagswahlen ihr Ergebnis von 18,3 % auf 27,3 % erhöhen konnte, durch ein «Ermächtigungsgesetz» des Reichstags die Grundlagen für das verbrecherischste Regime in der Geschichte Europas. Nicht nur Kardinal Bertram hatte den Katholiken verboten, Mitglied der NSDAP zu sein. Katholikentage unter deren Bedingungen waren nicht vorstellbar und in der traditionellen Form verboten. Erst 1948, hundert Jahre nach dem ersten, fand, wieder in Mainz, ein neuer statt.

3. *Neuer Anfang nach 1945 mit Hindernissen*

Als der Vorkriegs-Präsident Aloys zu Löwenstein 1946, nach dem Krieg, die Wiedergründung des ZdK anregte, entflammte ein bemerkenswerter Streit. Der Leiter des katholischen Büros bei der Bundesregierung in Bonn, Wilhelm Böhler, sah die Chance für eine «körperschaftliche Gesamtrepräsentation des deutschen Laienkatholizismus», wenn es künftig «führende Männer des öffentlichen und geistigen Lebens» integrierte. «Dann hätten wir wieder ein Gremium, das heute eine große Aufgabe zu erfüllen hätte», um wirklich von einer «berechtigten Vertretung der Katholiken zu sprechen», wie er schreibt. Dagegen standen allerdings starke Tendenzen seit den Zwanziger Jahren, die Laien in einer «Katholischen Aktion» unter Aufsicht des Klerus zu vereinen.

1947 kamen Querschüsse aus der «Plenarkonferenz» der Bischöfe gegen eine Aufgabenerweiterung des ZdK. Sie verlangten unter anderem, dass der Vorsitzende der Fuldaer Konferenz und ein weiterer Bischof geborene Mitglieder des ZdK sein sollten. Die Frage in den Debatten war immer wieder, wie der bischöfliche Einfluss auf das ZdK gesichert werden könne. 1949 berief die Fuldaer Bischofskonferenz eine Arbeitsgruppe ins Leben unter dem Titel: «Koordinierung der Laienarbeit unter hierarchischer Führung». 1951 postulierte sie: Aufgabe des ZdK sei «a. die Entgegennahme und Durchführung von Weisungen, b. die Erstattung von Berichten, Denkschriften und dergleichen». Löwenstein schreibt im Juli 1951 an Kardinal Frings, das ZdK sei nun darauf angewiesen, «mit dem Vorsitzenden der Fuldaer BiKo und vielleicht mit wenigen anderen Bischöfen in geeigneter landschaftlicher Gliederung auf engste Fühlung zu halten». Daraus werde sich ein Vertrauen entwickeln lassen, sodass man einer Zustimmung in der Arbeit sicher sein könne. Ein sehr pragmatischer Ansatz!

1952 trat dann ein neues ZdK zusammen. Bischof Michael Keller in Münster war über den Satzungs-Entwurf entsetzt: «Ich halte das nicht nur für überflüssig, sondern für gefährlich». Er formulierte in einem Brief von Juni 1952 seine Befürchtung, die durchaus die Absichten der Gründer traf: «Man kommt immer noch nicht von dem Gedanken los, dass das Zentralkomitee eine Art Laienparlament sein müsse, das in gewisser Weise parallel der Fuldaer Konferenz die eigentliche Führung im Raum der Laien habe und dessen Bindung an die Bischöfe deshalb nicht zu eng sein dürfe.» Er sah in dem Text einen «laizistischen Gedankeneinschlag» und Orientierung an einer «formaldemokratischen Anschauungsweise».

In der Veröffentlichung des Statuts heißt es schließlich im März 1953: «Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken ist der von der Autorität der Bischöfe getragene Zusammenschluss der im Laienapostolat der katholischen

Kirche in Deutschland tätigen Kräfte». Heute klingt das so: (Statut §I, 2): «Es ist das von der Deutschen Bischofskonferenz anerkannte Organ im Sinne des Konzilsdekrets über das Apostolat der Laien (Nr. 26) zur Koordinierung der Kräfte des Laienapostolats und zur Förderung der apostolischen Tätigkeit der Kirche.»

4. *Das Konzil, 1968 und die Folgen*

Mit dem sperrigen Begriff des «Laienapostolats» sind wir in den Beratungen des Zweiten Vatikanischen Konzils, das die gleiche Würde der Christgläubigen aus Taufe und Firmung in einem «gemeinsamen Priestertum» an vielen Stellen betont. Am 9. November 1965 weist der Bischof von Essen, Franz Hengsbach, in der Konzilsaula der Peterskirche darauf hin, dass an diesem Tage zum ersten Mal ein Beschluss eines Konzils sich mit dem Sendungsauftrag der Laien befasse. Am Folgetag erzielt das Dokument mit dem Titel «Apostolicam actuositatem» ein Abstimmungsergebnis von 2201 Stimmen Ja bei 2 Nein und 5 ungültigen Stimmen. Am 18. November wird das Dokument von Papst Paul VI. als gültige Lehre der Kirche verkündet. Als besseren Titel war vorgeschlagen worden, von «de participatione laicorum in missione ecclesiae – über die Beteiligung der Laien an der Mission der Kirche» zu sprechen, was aber keine Mehrheit fand.

Es ging um mehr als nur um Worte: Die Konzilsväter legten Wert darauf, dass nicht irgendein Anteil an dem kirchlichen Wirken gemeint war; es ging ihnen um die Feststellung, dass alle Getauften an apostolischem Wirken Anteil haben, weil sie selbst die Kirche sind. Laien, das meinte hier alle Gläubigen mit Ausnahme des Weihe- und des Ordenstandes. Die Befähigung der Laien erfolgt nach diesem Dokument nicht aufgrund einer Beauftragung, sondern ergibt sich allein aus der Teilhabe am mystischen Leib Christi: «Pflicht und Recht zum Apostolat haben die Laien kraft ihrer Vereinigung mit Christus dem Haupt.» [AA 3] Durch Taufe und Firmung werden sie – nach 1 Petr 2 – zum «heiligen Volk» zu einer allgemeinen «königlichen Priesterschaft». Das gilt für Frauen wie Männer, für Verheiratete wie Singles.

Die sechziger Jahre waren kirchlich durch das Konzil, gesellschaftlich durch eine allgemeine Protest- und Aufbruchbewegung gekennzeichnet. Auch die Katholische Kirche in Deutschland hatte ihre Revolution und ihre 68er. In Essen brach sich im September beim die Revolte Bahn. Auslöser war das Verbot «künstlicher» Kontrazeption in der Enzyklika «Humanae Vitae» des so bedeutenden Reformpapstes Paul VI.. Damit begann ein Prozess der Entfremdung sehr vieler Gläubiger von der offiziellen Lehre (und auch vom Bußsakrament),

der bis heute nicht an ein Ende gekommen ist. Die Laien lernen, vor allem auf ihr Gewissen zu vertrauen und Autorität nicht mehr bereits als Amtssignum zu akzeptieren. Der Ortsbischof Hengsbach fragt zum Ende des Katholikentags, ob wohl die Eltern und Großeltern ihre Kirche hier noch wiedererkennen würden – 1968 hat auch die Kirche deutlich verändert.

Aus den Protesten von Essen erwuchs die Würzburger Synode (1971–1975). Ein Ergebnis des Konzils war es gewesen, dass Pfarrgemeinde- und Diözesanräte etabliert werden sollten. Die Synode griff diese Empfehlung auf und setzte fest, dass in den Bistümern künftig Pfarrgemeinderäte bestehen müssten. Auch auf Diözesanebene wurde die Stellung der Katholikenkomitees und Diözesanräte gestärkt. 1974 hat das ZdK die Ergebnisse der Beratungen dadurch umgesetzt, dass seitdem die Vertretungen der Räte mit gleichem Anteil in der Vollversammlung repräsentiert sind wie die der Verbände und Einrichtungen und dass diese gemeinsam die 20 % weiteren Persönlichkeiten hinzu wählen, die auch zum ZdK gehören. Damit hatte sich das alte Zentralkomitee zu einem repräsentativen Spitzengremium des bundesrepublikanischen Laienkatholizismus erweitert. Auch angesichts der neuen Vertretungen auf Pfarr- und Diözesanebene, die kirchenrechtlich nur Beratungsfunktion haben, hält das ZdK an seiner Eigenständigkeit fest. Ein wichtiger Schritt war die Aufnahme des «Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen in der DDR» nach der Wiedervereinigung 1990, wodurch das ZdK wie die DBK auch ein gesamtdeutsches Gremium wurde, unterstrichen durch die Wahl des sächsischen Wissenschaftsministers und Mitglieds der ostdeutschen Pastoralynode Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer, der von 1997 bis 2009 Präsident des ZdK war.

5. *Gemeinsame Aktionen mit Bischöfen*

In der katholischen Kirche in Deutschland und für sie entstand eine enge Zusammenarbeit mit den Bischöfen. Hans Maier sagte nach einer seiner Wahlen zum Präsidenten des ZdK, er habe vor seiner Wahl versprochen, den Bischöfen nicht den Ring zu küssen, das heiße aber nicht, ihnen nach der Wahl ins Bein zu beißen. Frucht solcher gemeinsamer Arbeit waren beispielsweise das kirchliche Hilfswerke misereor, erstmals 1954 beim 76. Katholikentag thematisiert und 1958 eingerichtet. Die Verkürzung auf «bischöflich» im Namen hatte vor allem kirchenrechtliche Gründe, verkennt aber, dass es sich in Wirklichkeit um eine Aktion der spendenden Gläubigen handelt. So wurde das nach der Wende 1993 das auf Anregung des ZdK ins Leben gerufene Hilfswerk für Osteuropa «Renovabis» zutreffender «Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa» genannt.

Auch in der Aussöhnung mit Polen, die wesentlich durch ein Schreiben der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder und deren Antwort darauf begonnen wurde, hat sich das ZdK besonders eindringlich engagiert. Der vormalige ZdK-Präsident, Ministerpräsident Bernhard Vogel, machte wie sein Generalsekretär Dr. Friedrich Kronenberg das Thema zu einem zentralen Bestandteil ihres politischen wie kirchlichen Engagements. Eine Frucht daraus war 1973 die Gründung des Maximilian Kolbe Werks.

Zu einem ernsten kirchlichen Zerwürfnis kam es, als im September 1999 aus den Reihen des ZdK in zivilem Ungehorsam gegenüber den nicht nachvollziehbaren römischen Verdikten der bürgerliche Verein von Katholiken «Donum Vitae» gegründet wurde, der in dem Pflichtberatungssystem für abtreibungswillige Frauen Beratungen «für das Leben» durchführt. Das Thema Abtreibungen war schon seit den Siebzigern ein zentrales Aktionsfeld des ZdK gewesen. Mit großem Ernst haben sich die Mitglieder gegen die Forderung nach Legalisierung der Tötung der Leibesfrucht eingesetzt. Aus Rom kam 1999 ein Verbot der Mitwirkung an der Beratung an die deutschen Bischöfe, nachdem diese einstimmig einen Text für die Bescheinigungen der stattgefundenen Beratung in kirchliche Stellen verabschiedet hatten. Mit erheblichem demagogischen Einsatz gelang es den Gegnern der Konfliktberatung, deren Bescheinigung als «Tötungslizenz» zu bezeichnen. In der Folge kam es zu einer vertieften Spaltung zwischen dem ZdK und sich konservativ bezeichnenden Kreisen des deutschen Katholizismus. Der Versuch einer parallelen Gründung von neuen Strukturen im «Forum deutscher Katholiken» und in eigenen Frauen-, Männer- und Jugendverbänden versickerte allerdings in den folgenden Jahren. Die Wunden im Verhältnis zu den Bischöfen konnten erst in den letzten Jahren gelindert werden.

Für die Laien war die Entwicklung insofern sehr schmerzlich, als sich in den Bewegungen des «Katholikentags von Unten» und der Bewegung «Wie sind Kirche» Gruppierungen entstanden waren, die sich vom ZdK nicht vertreten fühlten. Eine der wichtigsten Aufgaben des ZdK war es in den Jahren zwischen 2000 und 2010, diese Kräfte wieder zu integrieren und das ZdK in seiner Repräsentationsfunktion für die katholischen Gläubigen zu stärken, so schwierig das auch unter den Bedingungen einer Pluralisierung der katholischen Bevölkerung und eines inzwischen völlig aufgelösten katholischen Milieus auch ist.

6. *Partizipation als Frucht der Krise*

Ein neuer Aufbruch zu Partizipation und Synodalität war eine heftige Krisenerfahrung. Die Aufdeckung von Missbrauch von Klerikern und Ordensleuten an Kindern und Jugendlichen bedeutete einen Schock und einen massiven Vertrauensverlust der Kirche, der 2014 durch das Finanz- und Kommunikationsgebaren des damaligen Bischofs von Limburg verstärkt wurde, entschloss sich die Bischofskonferenz zu einem Gesprächsprozess, der zwischen 2011 und 2015 eine lose zusammengesuchte Gruppe von Laien, Klerikern, Haupt- und Ehrenamtlichen, Männern und Frauen, Jungen und Alten zusammenbrachte und in drei Themenblöcken über die Grundvollzüge des Glaubens diskutieren ließ. Ein Ergebnis der abschließenden Konferenz 2015 in Würzburg war, dass dort ein Text verabschiedet werden konnte, der gemeinsam verfasst wurde und in dessen Diskussion allein die Kraft des Arguments zählte.

Diese Erfahrung brachte die DBK dazu, sich nach der Beratung einer Studie über die Ursachen des Missbrauchs an das ZdK zu wenden und einen gemeinsamen «Synodalen Weg» anzuregen. Dieser Gesprächsprozess begann am ersten Advent 2019 und wird zur Zeit mit viel Engagement der insgesamt 230 Synodalen vor großem internationalen Interesse durchgeführt. Der Papst fordert immer wieder eine «Chiesa Sinodale» auch für Deutschland ein: Wie geht das? Wie können stecken gebliebene oder bewusst erstickte Debatten wie die um die Rolle der Frauen in einer zunehmend weiblichen Kirche wieder aufgegriffen werden? Das erste und wichtigste Ziel des Weges ist aber die Rückgewinnung von Vertrauen und Glaubwürdigkeit für die Möglichkeit, von dem Zeugnis zu geben, aus dem wir leben.

Mit viel Argwohn wird der Prozess von denen betrachtet, die sich an die Restriktionen des Kirchenrechts von 1983 klammern, nach dem Laien immer nur eine beratende Funktion zukomme. Über solche Eingrenzungen sind die Katholiken heute allerdings weit hinaus. Sie lassen sich nicht auf die Rolle von Helfern des Klerus reduzieren und stehen einfach nicht mehr zur Verfügung, wenn man ihnen nicht mit den Mindeststandards demokratischer Verfahren begegnet, die selbstverständlicher Bestandteil eines Lebens heute sind. Es wird nicht die letzte römische «Instruktio» sein, die am 21. Juli 2020 die Katholiken in Deutschland erreichte. Die dortige Konstruktion einer Pfarrei als Familie des Pfarrers ist allerdings so weit von der pastoralen Wirklichkeit der Gemeinden im Priesternotstand entfernt, dass sie sich schlicht erübrigen wird.

Eine sehr aktuelle Frage: Wir sind auch bei größeren pastoralen Einheiten eigestellt auf eine Hauptamtlichen-Versorgung, die es nach allen Prognosen künftig nicht mehr geben kann. Wir müssen setzen auf mündige und letztverantwortliche Laien, die die Obliegenheiten ihrer Gemeinden selbst in die

Hand nehmen. Es herrscht der Eindruck: Lieber etwas zu oft sich selbst ermächtigen in den Gemeinden als das Gefühl, immer nur der Helfer – oder die Helferin – der Hauptamtlichen zu sein. Wir müssen die Laien stärken: Vor dem Hintergrund des katastrophalen Priestermangels – der immer deutlicher auch von einem Laientheologenmangel ergänzt wird – brauchen wir das Bewusstsein, das nur das geschieht, was man auch selbst in die Hand nimmt. Gelebte Subsidiarität ist der Weg der Kirche der Zukunft. Laien, die aus der «Freude am Evangelium» auf Christus vertrauen, der den Beistand des Geistes verheißen hat, werden künftig ihre Kirche vor Ort selber machen müssen.

Schluss

Nicht gesprochen ist über die ökumenische Komponente der Katholikentage und der inzwischen zwei ÖKTs in der Vorbereitung des dritten im Mai 2021. Nicht gesprochen ist auch über die so wichtige interreligiöse Verständigungsarbeit, vor allem mit Juden und Muslimen. Nicht gesprochen ist über die europäische Vernetzungsarbeit mit dem Ziel, als europäische Katholiken kenntlicher zu sein und die nationalen Grenzen zu sprengen. Aufgaben sind im gesellschaftlichen, politischen, internationalen Bereich in Fülle zu finden. Das ZdK wird seinen Ort behaupten auch in einer hoffentlich künftig synodalen Kirche.

Die Katholikentage haben sich gewandelt. Seit 1978 sind sie nicht zuletzt Events für junge Menschen geworden. In ihrer Buntheit und Vielgestaltigkeit präsentieren sie einen Katholizismus, in dem unterschiedliche Lebensentwürfe, Frömmigkeiten und Interessen ihren Platz haben. Sie werden durch die bischöfliche Präsenz der gastgebenden Diözesen immer mehr als Repräsentationen der katholischen Kirche insgesamt wahrgenommen. Sie sind aber nach wie vor keine bischöflichen Veranstaltungen oder Aktionen von deren Verwaltungen, sondern der wichtigste Ausdruck und die wichtigste Aufgabe der im ZdK verbundenen Mitglieder.

In seinem ersten Lehrschreiben über die «Freude am Evangelium» formuliert der so erfrischend andere Papst Franziskus ein halbes Jahr nach seiner Wahl im November 2013 unter der Nummer 102: «Die Laien sind schlicht die riesige Mehrheit des Gottesvolkes. In ihrem Dienst steht eine Minderheit: die geweihten Amtsträger. Das Bewusstsein der Identität und des Auftrags der Laien in der Kirche ist gewachsen. Wir verfügen über ein zahlenmäßig starkes, wenn auch nicht ausreichendes Laientum mit einem verwurzelten Gemeinschaftssinn und einer großen Treue zum Einsatz in der Nächstenliebe, der Ka-

techese, der Feier des Glaubens. Doch die Bewusstwerdung der Verantwortung der Laien, die aus der Taufe und der Firmung hervorgeht, zeigt sich nicht überall in gleicher Weise.»

Anmerkungen

Statt einzelner Nachweise folgende Arbeiten zur näheren Information:

Holger ARNING – Hubert WOLF, *Hundert Katholikentage. Von Mainz 1948 bis Leipzig 2016*, Darmstadt 2016; Wilhelm DAMBERG, *Bildung und Auflösung des katholischen Milieus*, in: Ulrich VON HEHL – Friedrich KRONENBERG (Hg.), *Zeitzeichen. 150 Jahre Deutsche Katholikentage 1848 – 1998*, Paderborn et al. 1999, 127–140; Thomas GROSSMANN, *Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945–1970* (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 56), Mainz 1991; Hans MAIER, *Kinder der Revolution – Zeichen der Freiheit. Die deutschen Katholikentage 1848–2016*, in: Christoph KÖSTER – Hans MAIER, *Profil und Prägung. Historische Perspektiven auf 100 deutsche Katholikentage*; Bertram OTTO, *Hundert Jahre Nacht und Tag. Geschichte des deutschen Katholizismus zwischen 1868 und 1968*, Bonn 1968; Thomas STERNBERG, *Schritte auf dem Synodalen Weg. Beteiligungsformen in der katholischen Kirche der Bundesrepublik Deutschland*, in: Thomas SCHÜLLER – Michael SEEWALD (Hg.), *Die Lehrkompetenz der Bischofskonferenz. Dogmatische und kirchenrechtliche Perspektiven*, Regensburg 2019, 179–204; Heinz HÜRTEIN, *Katholikentage im Wandel der Zeit*, in: Ulrich VON HEHL – Friedrich KRONENBERG (Hg.), *Zeitzeichen. 150 Jahre Deutsche Katholikentage 1848–1998*, Paderborn et al. 1999, 59–72.